

# «Dass eine Journalistin auf diese Weise behandelt wird, das darf nicht passieren»

**Ignazio Cassis** Nach der Verhaftung der SRF-Mitarbeiterin Luzia Tschirky nimmt der Aussenminister erstmals Stellung zu Weissrussland. Er sagt, wie die Schweiz auf Lukaschenkos Regime einwirkt und rät Schweizerinnen und Schweizern vor Ort zur Vorsicht.

**Christoph Lenz**  
und **Markus Häfliger**

**Herr Cassis, die Schweizer Journalistin Luzia Tschirky wurde in Minsk von maskierten Agenten verschleppt und mehrere Stunden festgehalten. War sie ein Zufallsopfer oder wurde sie gezielt ausgewählt?**  
Ich wurde am Sonntagnachmittag sofort informiert, war dann in Kontakt mit Staatssekretärin Livia Leu und später auch mit unserem Botschafter in Minsk. Am Montag haben wir den weissrussischen Botschafter in Bern ins Aussenministerium zitiert; die zuständige Abteilungschefin hat von ihm Erklärungen verlangt, wie und warum es zur Festnahme gekommen ist.

**Welche Erklärungen gab der Botschafter?**

Noch keine. Wir warten darauf.

**Was bedeutet es, wenn eine Schweizer Journalistin in einem europäischen Land ohne Angabe von Gründen verschleppt wird?**

Der Vorfall erfüllt uns mit Sorge. Wir haben ihn klar verurteilt, sowohl gegenüber dem Botschafter von Weissrussland in Bern als auch beim Aussenministerium in Minsk. Frau Tschirky war offenbar als Journalistin in Weissrussland offiziell akkreditiert und hatte alle erforderlichen Papiere. Dass eine Journalistin auf diese Weise behandelt wird, das darf nicht passieren.

**Was Luzia Tschirky erlebt hat, passiert derzeit Tausenden.**

Wir sind über das Vorgehen der Regierung gegen die Demonstrierenden sehr besorgt und verurteilen es. Das haben wir Weissrussland auf diplomatischem Weg mehrfach mitgeteilt, ich selber auch persönlich meinem weissrussischen Amtskollegen.

**Eine weitere Schweizerin, Natallia Hersche, wurde im Dezember in Minsk wegen angeblichen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu zweieinhalb Jahren Strafkolonie verurteilt. Was sagen Sie zu ihrem Fall?**

Ein ähnliches Vergehen, wie man es ihr zur Last legt, würde in der Schweiz wohl mit einer Geldbusse bestraft und nicht mit einer so



«Wir wollten die Demokratisierung unterstützen»: Ignazio Cassis (r.) mit Präsident Alexander Lukaschenko im Februar 2020 in Minsk. Foto: AP

drastischen Gefängnisstrafe. Das zeigt, wie unterschiedlich die Justizsysteme und die Rechtslage sind.

**Ihre Verurteilung ist also zu akzeptieren? Andere Länder, andere Strafen?**

Die Unterschiede in den Rechtssystemen können wir nicht ändern. Fakt ist aber auch, dass Frau Hersche sehr, sehr hart bestraft wurde für ein vergleichsweise harmloses Vergehen. Das habe ich meinem Amtskollegen in Minsk, Aussenminister Uladimir Makej, gesagt.

**Haben Sie für Hersche überhaupt etwas erreicht?**

Der Fall ist kompliziert, weil Frau Hersche nicht nur Schweizerin ist, sondern auch Bürgerin von Weissrussland. Aus Sicht von Weissrussland ist sie einfach eine eigene Bürgerin. Wir sind aber froh, dass es Frau Hersche – der Situation entsprechend –

**«Wir sind über das Vorgehen gegen die Demonstrierenden sehr besorgt und verurteilen es.»**

physisch und mental relativ gut geht. Das wissen wir, weil unser Botschafter vor Ort, Claude Altermatt, sie schon sechsmal im Gefängnis besucht hat.

**Noch im Februar wird Hersches Fall vor der zweiten Gerichtsinanz verhandelt. Was unternimmt die Schweiz dann für sie?**

Unser Botschafter wird den Prozess vor Ort verfolgen. Auch in Bern bringen wir den Fall immer wieder beim weissrussischen Botschafter zur Sprache. Wir sind aktiv auf allen Hierarchiestufen,

damit Frau Hersche möglichst rasch freikommt.

**Ist Alexander Lukaschenko für den Bundesrat noch ein legitimer Machthaber?**

Die Schweiz hat die Praxis, dass sie Staaten anerkennt, nicht Regierungen. So will es unser Rechtssystem. Aber selbstverständlich stehen wir für Demokratie und Menschenrechte ein, deshalb senden wir auch Wahlbeobachter und sind im multilateralen Bereich aktiv.

**Die EU bezeichnet Alexander Lukaschenkos Wahl als gefälscht. Teilen Sie die Kritik?**

Ich kann sie nachvollziehen. Die Einschätzung, dass bei den Wahlen etwas schiefgelaufen ist, haben wir auch mehrmals direkt gegenüber Weissrussland ausgedrückt, auch auf Ministeriebene. Klarer hätten wir aufgrund unseres Rechtssystems nicht sein können.

**Was tut die Schweiz, um zu einer Lösung des Konflikts beizutragen?**

Wir haben den Parteien unsere Guten Dienste angeboten.

**Wie war die Reaktion?**

Wir haben keine Antwort erhalten. Wir interpretieren das so, dass derzeit kein Interesse an einer Vermittlung durch die Schweiz besteht.

**Oppositionsführerin Swetlana Tichanowskaja fordert schärfere Sanktionen gegen Lukaschenkos Entourage. Was sagen Sie dazu?**

Mit dem Embargogesetz kann die Schweiz nicht von sich aus Sanktionen aussprechen. Aber der Bundesrat hat kürzlich die Sanktionen der EU gegen Lukaschenko und weitere Regierungsmitglieder übernommen, auch wenn in der Tradition der Schweiz der Dialog an erster Stelle steht, nicht die Bestrafung.

**Die Schweiz hat ihre Vertretung in Minsk erst vor einem Jahr zur Botschaft aufgewertet. War das ein Fehler?**

Ich habe mir diese Frage auch gestellt. Wir wollten ja damals die Demokratisierung in Weissrussland ideell und diplomatisch unterstützen. Leider hat sich die Situation seither nicht mehr in die richtige Richtung entwickelt.

**Bedauern Sie es?**

Nein, heute bin ich froh, dass wir eine starke Vertretung in Minsk haben. Dank seines Botschafter-rangs kann Claude Altermatt leichter intervenieren. Und auch ich kann dank meiner direkten Beziehung zu meinem weissrussischen Amtskollegen mehr bewirken. So konnten wir im August 2020 erreichen, dass ein ebenfalls in Minsk festgenommener 21-jähriger Walliser rasch freigelassen wurde. Und auch den Fall von Frau Tschirky konnten wir innert weniger Stunden regeln. All diese Fälle hätten wir ohne eigene Botschaft in Minsk viel schwieriger handhaben können. Diese Beispiele zeigen, wie wichtig ein starkes diplomatisches Aussenetz ist. Dafür setze ich mich ein.

**Ist es denkbar, die Botschaft wieder aufzuheben, falls sich die dortige Menschenrechtslage weiter verschlechtert?**

Diese Frage stellt sich in verschiedenen Ländern immer wieder. Im Moment sind wir aber froh, in Minsk eine Botschaft zu haben.

**Nach dem Fall Tschirky: Was unternimmt die Schweiz jetzt, um die Sicherheit ihrer Diplomatinen, Journalisten und anderen Staatsbürger in Weissrussland zu garantieren?**

Um unsere Diplomaten machen wir uns derzeit keine Sorgen, weder in Weissrussland noch in Russland, wo es in diesen Tagen ja auch Unruhen gibt. Den Schweizer Journalistinnen und Journalisten in diesen Ländern haben wir geraten, in sehr engem Kontakt mit dem diplomatischen Korps zu bleiben. Frau Tschirky sollte jetzt vorsichtig sein. Der gleiche Appell geht an alle Schweizer Mitbürger mit Funktionen, welche die Regierung stören könnten.

ANZEIGE



## Eine starke Partnerschaft für nachhaltigen Handel.

Am 7. März stimmt die Schweiz über ein sehr fortschrittliches Abkommen mit Indonesien ab. Es fördert die Handelsbeziehungen und legt verbindliche Regeln für eine nachhaltige Produktion fest. Ein Gewinn für Wirtschaft, Menschen und Umwelt in beiden Ländern.

**JA**  
zum Abkommen  
mit Indonesien

[www.indonesien-ja.ch](http://www.indonesien-ja.ch)